Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 194. Sonnabend, 21. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, wenn Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Europas Wetterwinkel.

Die Diplomatie der Großmächte hat sich nachgerade daran gewöhnt, den Balkan als den Wetterwinkel Europas anzusehen. Diese Bezeichnung, wenn sie auch sachlich zutrifft, geht von durchaus falschen Voraussetzungen aus. Dieser Wetterwinkel Europas ist nicht durch sich selbst zu dieser Hölle geworden. Von jeher bildeten die Staaten, die den Balkan ausmachen, den Spielball von Nationen, die dort Interessen verfolgten, die mit der Entwicklung und der wirtschaftlichen Zukunft der Völker des Balkans nicht das geringste zu tun haben. Ein kurzer Ueberblick über die Geschichte, das Auf und Nieder der Balkanvölker zeigt, daß die Ereignisse auf dem Balkan zum größten Teil künstlich geschaffen wurden, Momenten entsprangen, die mit der Politik und dem Willen dieser Kleinstaaten nichts zu tun haben. Bulgarien verdankte seine Befreiung vom türkischen Joch der Gegnerschaft Englands, Oesterreichs und Italiens zu Rußland. Als die Weltdiplomatie sich wieder umorientierte, ließ man Bulgarien fallen, unterstützte die Expansionsgelüste anderer Kleinstaaten des Balkans. Alles je nach dem wirtschaftlichen oder machtpolitischen Interesse irgend einer Großmacht oder irgend einer anderen Mächtegruppe. So war es vor dem Weltkrieg, so ist es auch nach dem Weltkrieg geblieben. Ungerechtigkeiten, Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, rücksichtslose Zerreißung von Wirtschaftsgebieten oder zusammenhängenden Industrien schufen einen Brandherd, der stets glimmte und dann zu hellen Flammen aufloderte, wenn irgend ein anfeuernder Luftzug aus Paris, Petersburg oder London wehte.

Der Ausgang des Weltkrieges nahm Bulgarien so ziemlich alles, was ihm im Laufe der Vorkriegsjahre geworden war. Machtpolitisch zu Boden getreten, seiner Wehrmacht beraubt, ungefähr der Hälfte seines Landgebietes entledigt, vegetierte Bulgarien in den letzten Jahren, ohne jede Kraft sich wieder emporzuraffen, dahin. Der Machtfriede hatte Mazedonien Serbien einverleibt. Rumänien nahm sich seinen Teil der Beute. Alles geschah auf Wunsch und Diktat der Entente-Großmächte, die daher die Folgen, die aus dieser Verteilung des Balkangebietes entsprangen, zum mindesten moralisch zu tragen haben. Auch die moralische Schuld für die neue drohende Kriegsgefahr, die sich in den letzten Wochen auf dem Balkan bemerkbar macht. Die Kollektivnote der Balkanmächte an Bulgarien behandelt die Zustände in Mazedonien, einem Land, das außerhalb der Grenzen Bulgariens liegt, für dessen Entwicklung also Sofia nicht gut verantwortlich gemacht werden kann. Belgrad wirft der bulgarischen Regierung vor, daß sie die Bandenüberfälle in Mazedonien unterstütze, daß sie durch eine ausgedehnte Propaganda dafür Sorge trage, die Wiederherstellung der Ruhe zur Unmöglichkeit werden zu lassen. Wir lassen es dahingestellt, ob die bulgarische Regierung solche Tendenzen verfolgt. Angesichts der ohnmächtigen Lage des Landes und der Sorgen, mit denen sich der behördliche Apparat in Sofia herumzuschlagen hat, ist es nicht anzunehmen, daß die offizielle Regierung des Landes Bestrebungen praktisch fördert, die das kaum zur Ruhe gebrachte Land wieder in die Katastrophe eines neuen Krieges stürzen könnten. Daß selbstverständlich die Masse des bulgarischen Volkes den durch einen rücksichtslosen Machtfrieden abgetrennten Landsleuten wärmste Sympathie entgegenbringt, ergibt sich von selbst. Ebenso, daß Unruhe, Mißstimmung und Gewalttaten eines ganzen Volksstammes nicht aufgeputscht werden können, wenn nicht tatsächliche Ursachen Ungerechtigkeiten und Vergewaltigungen vorliegen. Es ist zuzugeben, daß der augenblickliche Gewalthaber Mazedoniens eine nicht allzu starke und militärisch kräftige Nation ist. Aber die Belgrader Regierung dürfte sicherlich doch über soviel Macht verfügen, daß es ihr gelingen könnte, vereinzelte Bandenüberfälle und aufrührerische Zusammenrottungen niederzuhalten. Allerdings nur dann, wenn es sich wirklich nur um vereinzelte Vorfälle handeln würde. Aber dies ist nicht der Fall. Das, was sich jetzt in Mazedonien abspielt, ist der Verzweiflungskampf eines ganzen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht und seine Kultur, um seine Zukunft, die es nicht an die seines Vergewaltigers binden will. Die Kraft, die aus dem geeinten Willen eines solchen unterdrückten Volkes sich entwickelt, ist groß und gewaltig. Man kann es daher verstehen, daß Belgrad mit ernster Sorge das mazedonische Problem verfolgt. Durchaus falsch und irreführend ist jedoch die Politik, die die Ursachen mit der Wirkung verwechselt. Die Ursachen sind nicht in Bulgarien zu suchen. Sie liegen lediglich in der Ungerechtigkeit des Machtfriedens. Wenn die Belgrader Regierung sich über die Folgen dieses Diktats beschweren will, so soll sie ihre Drohnoten an die richtige Adresse schicken. An die Adresse der Entente-Siegermächte, die das mazedonische Unrecht schufen. Also schließlich auch an sich selbst. Denn was Belgrad jetzt erntet, ist nur die Saat des aus eigenem Wollen und dem Willen der siegreichen Großmächte geschaffenen Schandfriedens.

Dr. Marx in Breslau.

)(**Breslau.** Der Reichskanzler Dr. Marx ist gestern abend 9 Uhr 20 Minuten mit dem fahrplanmäßigen Berliner D-Zuge zur Teilnahme am Deutschen Katholikentage hier eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der badische Staatspräsident Trunk und der Reichstagsabgeordnete Herold.

Das abgelehnte Volksbegehren.

BR. Die Reichsregierung hat, wie wir bereits gestern berichtet haben, **das Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides über ein neues Aufwertungsgesetz abgelehnt.** Die Begründung, mit der der bekannte Gesetzentwurf Dr. Best's wieder zurückgesandt wurde, ist recht kurz. Sie beschränkt sich darauf, festzustellen, daß die Ablehnung aus zwingenden gesetzlichen Gründen erfolgen mußte, da nach der Reichsverfassung ein Volksentscheid über den Haushaltplan nur vom Reichspräsidenten veranlaßt werden könnte. Die Begründung ist durchaus zwingend. Die Forderungen, die in dem überreichten Gesetzentwurf der Hypothekengläubiger und Sparerschutzverbände enthalten sind, greifen tief in den Haushaltungsplan des Reiches ein. So mußte schon rein nach verfassungsmäßigen Grundsätzen der Antrag einer Ablehnung anheimfallen.

Es ist anzunehmen, daß durch den Entschluß der Reichsregierung die Erörterung über das Zweckmäßige oder Unzweckmäßige einer solchen Volksentscheidsbewegung von neuem hohe Wellen schlagen wird. Es ist daher angebracht, noch einmal auf die wirtschaftlichen Folgen und Bedenken hinzuweisen, die die Verwirklichung der Best'schen Forderungen mit sich gebracht hätte. Gewiß, es wird wohl niemanden in Deutschland geben, der den bedauernswerten Opfern der Inflation, den Rentnern, die ihr mühsam erspartes Gut verloren haben, wärmstes Mitgefühl versagt. Aber die Inflation und ihre Begleiterscheinungen sind die Folgen des Krieges gewesen. Eines Krieges, der viel höhere Werte an Gut, Leben und Blut vernichtete, als das, was seine Folgeerscheinung später noch beseitigte. Die Millionen von Toten können nicht mehr lebendig gemacht werden. Die Heere der Kriegsverstümmelten können nie wieder in den Besitz ihrer gesunden Glieder gelangen. Eine bittere traurige Tatsache, an der leider nichts zu ändern ist. Genau so wenig wie an der Tatsache, daß Millionen ihr Erspartes der großen Weltkatastrophe opfern mußten. Diese Erkenntnis ist eine nicht wegzuleugnende Wahrheit, die kein Mitgefühl oder auch noch so warmes soziales Empfinden wegtäuschen kann.

Die Inflation vernichtete ein Volksvermögen im Werte von ungefähr 100 Milliarden Goldmark. Sie vernichtete nicht nur das Vermögen und die Ersparnisse von Hunderttausenden im deutschen Volk, auch der Staat, sein gesundes Wirtschaftsgefüge mußte ihr zum Opfer fallen. Die Inflation war im Grunde genommen weiter nichts, als der Bankerott dieses Staates. Wie auch im privaten Leben sich ein Konkursverfahren nicht nach moralischen und rechtlichen Gesetzen regeln kann, sondern nur nach den Möglichkeiten der vorhandenen Werte, so konnte auch dieser Staatsbankerott seine Erledigung nur auf dem aufbauen, was noch vorhanden war. Da dies herzlich wenig war, so war daher auch das, was der Konkursverwalter schließlich auswerfen konnte, verhältnismäßig geringfügig.

So bitter die Erfahrungen sind, die das deutsche Volk durch die Inflation machen mußte, so brachten ihm diese Erfahrungen doch eine wertvolle Lehre; daß alles geschehen muß, was im Bereich des Möglichen liegt, um eine neue Währungszerrüttung zu verhindern. Die Stabilität der Mark ist die einzige Rettung vor einer neuen Inflation. Die, wenn sie von neuem eintreten sollte, auch den letzten Rest des deutschen Volksvermögens, des Staates, und der wenigen Werte, die in den letzten Jahren wieder neu geschaffen wurden, vernichten würde. Wer nur einigermaßen Einblick in das wirtschaftliche und das staatliche Gefüge Deutschlands hat, wird rasch erkannt haben, wie tief die Forderungen des Best'schen Gesetzentwurfes in den Haushaltplan und damit wieder in das Staatsgefüge eingeschnitten hätten, wenn sie zum Gesetz erhoben worden wären. Alles, Steuergesetze, Einnahmen und Ausgaben des Staates, der gesamte Haushaltplan des Reiches wären durch die Lasten, die ihnen durch das dem Volksentscheidsbegehren zugrundeliegenden Gesetz auferlegt worden waren, über den Haufen gerannt worden. Es ist ein wirtschaftliches Unding, zu verlangen, daß verlorengegangene Werte in Höhe von hundert Milliarden Goldmark durch einen gesetzgeberischen Akt wiederhergestellt werden können. Solche enormen Werte können nur aus den Erträgnissen der gesamten Wirtschaft des Landes herausgearbeitet werden und zwar nur dann, wenn die lebensnotwendigen Voraussetzungen für die Gesundheit dieser Wirtschaft gegeben sind und schließlich auch in einem Zeitabschnitt, von dessen Ende wir heute noch weit entfernt sind. Bei dem gesunden Kern des deutschen Volkes, seiner Fähigkeit, Arbeitskraft und Initiative ist es zu hoffen, daß die deutsche Wirtschaft einstmals das wieder zurückschaffen kann, was Krieg und Inflation einst vernichteten. Den Vorteil hiervon wird das gesamte deutsche Volk tragen. Schließlich auch die, die heute die bedauernswertesten Opfer der letzten Währungszerrüttung sind. Denn in einem gesunden und kräftigen Staat, der sich auf einer starken Wirtschaft und einem beträchtlichen Volksvermögen aufbaut, läßt sich die soziale Fürsorge derart ausbauen, daß die Wunden, die eine Weltkatastrophe schlug, zum mindesten stark gemildert werden können.

Reichsminister Dr. Külz zur Ablehnung des Aufwertungsbegehrens.

Zur Ablehnung des Volksbegehrens auf Aufwertung schreibt **Reichsminister des Innern Dr. Külz** im Berliner Tageblatt u. a.: **Die Ablehnung des Antrages mußte aus zwingenden gesetzlichen Gründen geschehen.** Nach Artikel 73 Absatz 4 der Reichsverfassung kann ein Volksentscheid über den Haushaltplan nur vom Reichspräsidenten veranlaßt werden. Der dem Zulassungsantrage beigefügte Gesetzentwurf handele zweifellos über den Haushaltplan.

Der Minister fährt dann fort: Niemand verkennt die tiefe Tragik, die darin liegt, daß durch die Inflation Hunderttausenden von Deutschen, die in einem Leben voll Arbeit und Entbehrungen sich für ihr Alter ein bescheidenes Kapital zurückgelegt hatten, um den wesentlichsten Teil ihres Vermögens gekommen sind. Aber wenn 100 Milliarden Rentenkapital durch eine unselige, von außen her bedingte wirtschaftliche Entwicklung aufgefressen worden sind, so kann man diese Milliarden nicht durch einen gesetzgeberischen Akt wiederherstellen. Wohl kann und muß man den Opfern der Inflation die denkbar weitestgehende soziale Fürsorge in der Not zuteil werden lassen, aber **verlorenes Kapital kann niemals durch gesetzgeberische Akte, sondern nur durch die Wirtschaft selbst rekonstruiert werden.** Deswegen sind Art und Maß der Aufwertung letzten Endes keine Rechtsfragen, sondern eine Frage der staatswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Möglichkeiten. Wenn man eine die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigende Aufwertung gesetzlich einführen wollte, so würde man den armen beklagenswerten Opfern der Inflation nicht nur nicht helfen, sondern **würde durch Vernichtung unserer Wirtschaft und durch neue Inflation sie und das ganze Volk wirtschaftlich zerrütten.** Die reichsgesetzliche Regelung der Aufwertung muß eine endgültige sein. **Ein Wiederaufrollen der Aufwertungsfrage würde die Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit Deutschlands vernichtend treffen.**

Je sicherer, schneller und ungestörter sich die deutsche Wirtschaft erholt und festigt, um so umfangreicher wird auch die soziale Fürsorge für die durch die Inflation in Not Geratenen sein können.

Große Bomben-Flugzeuge für Polen!

Französische Lieferungen.

)(**Basel, 20. August.** (Schweizerische Depeschen-Agentur.) **Im Baseler Flughafen landete gestern ein außerordentlich großes Bombenflugzeug, das gleichzeitig mit einem anderen gleichen Apparat von Paris nach Warschau fliegt. Den beiden Flugzeugen werden noch zwölf weitere folgen, die in Frankreich für die polnische Armee gebaut werden.**

Die Wahlgesetznovelle vollendet.

vdz. **Berlin.** Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichswahlgesetzes ist, wie wir hören, nunmehr im Reichsministerium des Innern fertiggestellt. Das Reichskabinett hat sich allerdings mit dem Entwurf noch nicht beschäftigen können, weil die Minister in der letzten Zeit durch die Arbeiten am Arbeitsbeschaffungsprogramm vollständig in Anspruch genommen waren. Es ist zu erwarten, daß die Wahlgesetznovelle im Laufe der kommenden Woche im Kabinett zur Beratung kommt.

Die Ueberwachung der Rüstungen.

)(**Genf.** Die **Kommission für Militärfragen der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz** hat die **Beratung ihres Gutachtens** über die Methode, nach der die Sammlung der statistischen Angaben über die Rüstungen der Signatarmächte vorgenommen werden soll, sowie des Gutachtens über die in Aussicht genommene Uebereinkunft über die Beschränkung der Rüstungen **abgeschlossen.** Ferner erörterte die Kommission die Aufnahme einer Bestimmung in die künftige Uebereinkunft, nach der jedem Staate das Recht erteilt werden soll, gegen jede Signatarmacht Klage zu führen, wenn diese die Uebereinkunft nicht genau durchführt, sowie die Ausgestaltung des Beweisverfahrens für derartige Klagen. Nach eingehender Beratung konnte jedoch darüber keine Einstimmigkeit erzielt werden. Aus der Aussprache geht hervor, daß Frankreich, Finnland, Belgien, die Kleine Entente, Polen und Bulgarien für die Einführung von Kontrollmaßnahmen sind. Die Minderheit der Kommission, darunter auch die Delegierten mehrerer Großmächte, sprach sich gemäß der Stellungnahme ihrer Regierungen gegen die Ueberwachung ihrer Rüstungen aus und stellte sich auf den Standpunkt, daß es selbst in technischer Hinsicht unmöglich sei, den Ueberwachungsdienst zu organisieren, den sie als „internationalen Generalstab" geschlossen bezeichnete.

Ein Kabinettstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu" Man verlange es überall. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 46.